

§ 1 lit. c) mindestens eine Drittperson arbeitsvertraglich angestellt und auf die Dauer voll für den Betrieb tätig ist; der mitarbeitende Ehegatte des Arbeitgebers gilt nicht als Dritter im Sinne dieser Bestimmung;

II. Diese Änderung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 1977 in Kraft.

III. Veröffentlichung im Amtsblatt und in der Gesetzes-sammlung.

Zürich, den 9. August 1978

Im Namen des Regierungsrates

Der Vizepräsident:	Der Staatsschreiber:
Künzi	Roggwiller

Änderung der Verordnung betreffend das Volksschulwesen

(vom 7. Juni 1978)

Der Regierungsrat beschliesst:

I. Die vom Erziehungsrat am 6. Juni 1978 beschlossene Änderung der §§ 3, 10 und 119 der Verordnung betreffend das Volksschulwesen vom 31. März 1900 wird genehmigt.

II. Die geänderten Bestimmungen der Verordnung betreffend das Volksschulwesen vom 31. März 1900 haben folgenden Wortlaut:

§ 3. Der Erziehungsrat entscheidet über die Errichtung und die Aufhebung von Lehrstellen unter Berücksichtigung der allgemeinen und der örtlichen Verhältnisse.

Die Klassenbestände sollen in der Regel 25 Schüler nicht übersteigen. Wird dieser Bestand voraussichtlich während längerer Zeit überschritten, so ist die Klasse zu teilen. Für mehr-

klassige Abteilungen gelten um vier Schüler niedrigere Bestände.

Sonderklassen sollen in der Regel nicht mehr als 14 Schüler enthalten. Wird dieser Bestand voraussichtlich während längerer Zeit überschritten, so ist die Klasse zu teilen. Der Erziehungsrat kann den Klassenbestand für einzelne Arten von Sonderklassen tiefer ansetzen.

§ 10. Der Erziehungsrat entscheidet über die Errichtung und die Aufhebung von Lehrstellen unter Berücksichtigung der allgemeinen und der örtlichen Verhältnisse.

Die Klassenbestände an der Sekundar- und der Realschule sollen in der Regel 25 Schüler nicht übersteigen. Wird dieser Bestand voraussichtlich während längerer Zeit überschritten, so ist die Klasse zu teilen. Für mehrklassige Abteilungen gelten um vier Schüler niedrigere Bestände.

An der Oberschule sollen die Klassen in der Regel nicht mehr als 18 Schüler enthalten. Wird dieser Bestand voraussichtlich während längerer Zeit überschritten, so ist die Klasse zu teilen.

Sonderklassen sollen in der Regel nicht mehr als 14 Schüler enthalten. Wird dieser Bestand voraussichtlich während längerer Zeit überschritten, so ist die Klasse zu teilen. Der Erziehungsrat kann den Klassenbestand für einzelne Arten von Sonderklassen tiefer ansetzen.

§ 119. Der Abteilungsbestand soll in der Regel an der Primarschule, an der Sekundar- und Realschule sowie in mehrklassigen Abteilungen aller Stufen 14 Schülerinnen, an der Oberschule und in Sonderklassen für beschränkt leistungsfähige Schüler 10 Schülerinnen nicht übersteigen.

Sinkt der Bestand einer Abteilung unter 8, an mehrklassigen Abteilungen der Primarschule, an Oberschulen und Sonderklassen unter 6 Schülerinnen, so ist sie mit einer andern Abteilung derselben oder einer anderen Gemeinde zu vereinigen. Auf Gesuch hin kann die Erziehungsdirektion in besonderen Fällen kleinere Abteilungen bewilligen.

(Abs. 3 unverändert)

III. Diese Änderung tritt nach ihrer Genehmigung durch den Kantonsrat auf Beginn des Schuljahres 1979/80 in Kraft.

IV. Veröffentlichung im Amtsblatt und in der Gesetzes-
sammlung.

Zürich, den 7. Juni 1978

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Der Staatsschreiber:
Bachmann Roggwiler

Vorstehende Verordnung wird genehmigt.

Zürich, den 14. August 1978

Im Namen des Kantonsrates
Der Präsident: Der Sekretär:
W. Wydler R. Widmer

**Beschluss des Kantonsrates
über die Leistung eines Staatsbeitrages an den Neu-
bau des Krankenhauses des Bezirkes Dielsdorf**

(vom 26. Juni 1978)

Der Kantonsrat,
nach Einsichtnahme in einen Antrag des Regierungsrates,
beschliesst:

I. Dem Zweckverband Bezirksspital Dielsdorf wird an die Kosten für den Neubau des Krankenhauses des Bezirkes Dielsdorf von ca. 17,9 Millionen Franken ein Staatsbeitrag von Fr. 13 694 000, höchstens aber von 76,5 % der subventionsberechtigten Kosten, gewährt.

II. Der Staatsbeitrag erhöht oder ermässigt sich allenfalls um 76,5 % der Kosten, die durch eine Bauverteuerung oder -verbilligung in der Zeit zwischen der Aufstellung des Kosten-